

Politik + Wirtschaft - 31.01.2014

## Falsche Hoffnung auf den Mindestlohn

**Die Große Koalition setzt auf den Mindestlohn, um die Einkommengerechtigkeit in Deutschland zu steigern. Warum Klaus F. Zimmermann, Wirtschaftsprofessor an der Uni Bonn, davon nichts hält, erklärt er in einem Gastkommentar. - Von Klaus F. Zimmermann**

Mit dem geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro setzt sich Deutschland in die Spitzengruppe der weltweiten Mindestlohnregelungen. Er betrifft 4,5 Millionen Deutsche oder 15 Prozent der abhängig Beschäftigten – und die Mehrheit der Berufseinsteiger unter 25 Jahren. In Frankreich wirkt der hohe Mindestlohn für diese Gruppe schon heute als Einstellungshemmnis.

Deutschland betritt mangels Erfahrung hier absolutes Neuland und löst damit international Erstaunen aus. Viele Länder haben einen Mindestlohn, allerdings auf viel niedrigerem Niveau. In den USA etwa betrifft der Mindestlohn mit rund fünf Euro nur drei Prozent der Beschäftigten.

### Mindestlohn führt nicht zu mehr Gerechtigkeit

Befürworter des Mindestlohns erwarten eine Kräftigung der Massenkaukraft, was die Binnenkonjunktur stärken würde – und über steigende Importe auch die Kritik am deutschen Exportwunder verstummen ließe. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass ein Großteil der Jobs im Niedriglohnbereich langfristig wieder verschwindet und die zuletzt gewonnene Arbeitsmarktflexibilität wieder eingeschränkt wird.

Die Arbeitgeber werden einen Teil der Kosten auf die Produktpreise abwälzen. Sinkt dann die Nachfrage, droht auch gering qualifizierten Vollzeitbeschäftigten mit Entlohnung über dem Mindestlohn der Jobverlust.

Was die Mindestlohnbewegung zudem verkennt: Niedriglohnbezieher sind in Deutschland typischerweise Zuverdiener, die weder geringqualifiziert sind, noch in armutsbedrohten Haushalten leben. Daher sind Mindestlöhne als Umverteilungsinstrument ungeeignet und werden die Einkommensverteilung der Haushalte kaum "gerechter" machen.

Weil also nicht primär einkommensschwache Haushalte profitieren, wird es den erhofften Konsumschub kaum geben. Somit bleibt nur das trügerische gute Gefühl der Akteure, etwas für die Gerechtigkeit getan zu haben.